

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel

Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Feierlicher Auftakt zur EUSALP-Präsidentschaft Tirols in Igls](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Parlament fordert Beurteilung der halbjährlichen Zeitumstellung](#) 3
- [Parlament soll nach Brexit kleiner werden](#) 3
- [Fortführung der Spitzenkandidatenregelung](#) 4
- [Parlament fordert Aufhebung des Ausnahmezustandes in der Türkei](#) 4

Rat der Europäischen Union

- [Treffen der MinisterInnen für Tourismus in Sofia](#) 5

Europäische Kommission

- [Investitionen zur Verbesserung der Lebensqualität der BürgerInnen](#) 6
- [Studie zur Lebensmittelverschwendungen](#) 6
- [EU-Kommission bietet praktische Tipps zur Brexit-Vorbereitung](#) 7
- [Neue Leitlinien für EU-finanzierte Projekte](#) 7

Sonstiges

- [Größerer Spielraum für die Europäische Investitionsbank](#) 8

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 9

Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen 10

Tagesordnungen der Institutionen 11

Impressum und Abbildungsverzeichnis 11



Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu*



Thema der Woche

Feierlicher Auftakt zur EUSALP-Präsidentschaft Tirols in Igls

Mit 7. Februar übernahm Tirol offiziell die EUSALP-Präsidentschaft für 2018. Tirol steht somit 48 Regionen des Alpenraums mit mehr als 80 Millionen Einwohnern vor, welche sich nachhaltigen und innovativen Lösungen verschrieben haben, um auf Herausforderungen einer globalisierten Welt gemeinsam antworten zu können.



EUSALP Präsidentschaft Tirol 2018

Tirol werde den Vorsitz der europäischen makroregionalen [EU-Strategie für den Alpenraum \(EUSALP\)](#) unter dem Motto „zukunft.gemeinsam.gestalten. – Im Interesse der Alpen!“ führen und durch Kooperation mit den Partnern aus den Regionen des Alpenraums an nachhaltigen Lösungen für den gemeinsamen Lebensraum Alpen arbeiten. Die Alpenländer alle unter einem Dach zu haben, ermögliche es an grenzüberschreitenden Themen wie Energie, Mobilität und Nachhaltigkeit bis hin zum Klimawandel zu arbeiten, so LH Günther Platter.

Durch die Übernahme des Vorsitzes übernimmt Tirol eine maßgebende Rolle bei

richtungsweisenden Entscheidungen und der Weiterentwicklung der EUSALP sowie der Auswahl ihrer inhaltlichen [Schwerpunkte](#). Unter Tiroler Vorsitz wird sich die EUSALP demnach für eine Aufwertung der Regionen und Gemeinden in der EU stark machen und weiters ein Hauptaugenmerk auf Verkehr und Katastrophenmanagement legen. ([Arbeitsprogramm](#))

Unter den RednerInnen war u. a. Bundespräsident Alexander Van der Bellen, der den Erfolg der Tiroler EUSALP Präsidentschaft durch die Tiroler Mentalität gesichert weiß und betonte, dass die EUSALP dazu beitrage, die Union für die Menschen erlebbarer zu machen.

Zur Auftaktveranstaltung kamen zudem Bundeskanzler Sebastian Kurz, der Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen Karl-Heinz Lambertz sowie der Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher und sein Amtskollege aus Trentino, Ugo Rossi.

Für weitere Termine der Tiroler Präsidentschaft siehe [Veranstaltungskalender 2018](#).

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Parlament fordert Beurteilung der halbjährlichen Zeitumstellung

Die Abgeordneten haben am 8. Februar die Kommission aufgefordert, einen Vorschlag zur Beendigung des halbjährlichen Wechsels zwischen Sommer- und Winterzeit vorzulegen.

Der Vorschlag des Parlaments geht auf Bürgerinitiativen, Petitionen und eine parlamentseigene Studie (in [Englisch](#)) zurück, in denen u.a. gesundheitliche Bedenken über die Auswirkungen der halbjährlichen Zeitumstellung geäußert werden.

Auch wenn der Wechsel abgeschafft wird, sollte allerdings an einer einheitlichen Regelung der Uhrzeit in der EU festgehalten

werden, heißt es nachdrücklich im Text des [Entschließungsentwurfs](#) des Parlaments.

Demnach solle die Kommission eine Neubewertung der [Richtlinie über die Regelung der Sommerzeit](#) von 2001 vornehmen.

[Mehr Informationen](#)

Parlament soll nach Brexit kleiner werden

Das EP-Plenum hat für eine Verringerung der Zahl der MEPs nach dem Brexit gestimmt. Ihre Zahl soll von 751 auf 705 gesenkt werden.

Der Vorschlag zur [Neuregelung](#) der Sitzverteilung sieht vor, dass 46 der 73 britischen Sitze, die in der nächsten Legislaturperiode durch den Brexit frei werden, für mögliche EU-Erweiterungen freigehalten werden.

Die übrigen 27 Sitze sollen auf 14 EU-Länder verteilt werden, die derzeit leicht unterrepräsentiert sind. Demnach würde auch Österreich einen Sitz – von 18 auf 19 Sitze – dazugewinnen.

Im Entwurf (in [Englisch](#)) wird auch betont, dass die Änderungen nur dann greifen würden, wenn das Vereinigte Königreich auch tatsächlich die EU verlassen wird.

Der Vorschlag für die geänderte Sitzverteilung bedarf vor dem Inkrafttreten noch einer einstimmigen Beschlussfassung durch den Europäischen Rat.

[Mehr Informationen](#)



Parlament fordert Aufhebung des Ausnahmezustandes in der Türkei

In einer [Entschließung](#) vom 8. Februar haben die Europaabgeordneten zu der Militäraktion der Türkischen Regierung in Afrin Stellung genommen. Hierzu wurde in erster Linie die Menschenrechtslage in der Türkei bemängelt.

In Kritik standen vor allem die jüngsten Verhaftungen von AktivistInnen, JournalistInnen und BürgerInnen, die sich kritisch zum militärischen Einsatz im von Kurden kontrollierten Afrin geäußert haben. Demnach ist das Europäische Parlament „zutiefst beunruhigt über die humanitären Folgen des Militäreinsatzes in dieser mehrheitlich von Kurden bewohnten Region Syriens und warnt vor einer Fortführung unverhältnismäßiger Maßnahmen.“

Der immer noch aufrechte Ausnahmezustand würde darüber hinaus nicht zu mehr

Sicherheit beitragen, sondern weiterhin zur Unterdrückung Oppositioneller missbraucht werden.

Das Europäische Parlament fordert deshalb die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes, der in Folge des Putschversuchs am 16. Juli 2016 ausgerufen wurde.

[Mehr Informationen](#)

Fortführung der Spitzenkandidatenregelung

Die Europaabgeordneten haben in der letzten Plenartagungwoche den [Beschluss](#) gefasst, das Prinzip des Spitzenkandidaten beizubehalten. Das Verfahren habe sich bei der Wahl Jean-Claude Junckers 2014 bewährt und soll auch 2019 angewandt werden.

Die Weiterführung des Spitzenkandidatenprinzips wurde schon am 23. Januar im Ausschuss für konstitutionelle Fragen ([AFCO](#)) gebilligt und nun durch das Parlament bestätigt. Demnach sollen die Fraktionen weiterhin ihren Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten auch als Spitzenkandidat der EP-Wahl nominieren. Nur Kandidaten, welche auch als Spitzenkandidaten der jeweiligen Fraktionen wahlgekämpft hätten, würden vom

Parlament als Kommissionspräsident auch bestätigt werden.

Die Weiterführung des Prinzips ist ein wichtiger Schritt, um die EU demokratischer zu gestalten und die Verbindung zwischen dem Ausgang der Europawahl und der Wahl des Kommissionspräsidenten zu festigen.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Treffen der MinisterInnen für Tourismus in Sofia

Am 13. Februar fand auf Einladung der bulgarischen Ratspräsidentschaft in Sofia eine Tagung der MinisterInnen für Tourismus zum Thema „Tourismus und Wirtschaftswachstum“ statt.

Im Zentrum der Diskussionen standen demnach der Tourismus als wesentlicher Faktor für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Stabilität sowie für Verbraucherschutzgesetze und gemeinsam zu setzende Initiativen. Neben den EU-FachministerInnen waren auch VertreterInnen der Balkan-Region, EU-Kommissarin für den Binnenmarkt Elżbieta Bieńkowska sowie Zurab Pololikashvili, Generalsekretär der Weltorganisation für Tourismus (UNWTO), unter den TeilnehmerInnen.

Der Tourismus in der EU beschäftigt rund 25 Millionen Menschen und trägt zu 10 % zum

EU-Bruttoinlandsprodukt bei, so Bieńkowska. Ein wichtiger Punkt für die zukünftige Kooperation sei deshalb die Positionierung Europas als Urlaubsdestination, vor allem im asiatischen Raum.

Mit rund 47 Millionen Nächtigungen würde auch der [Tourismus in Tirol](#), der die mit Abstand [höchsten Nächtigungszahlen](#) nach Bundesländern verzeichnet, von einer verstärkten Zusammenarbeit und Werbung profitieren.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Investitionen zur Verbesserung der Lebensqualität der BürgerInnen

Die Kommission hat am 8. Februar neue Mittel für das [EU-Umweltpogramm LIFE](#) freigegeben. Demnach werden europaweit [Projekte](#) zur Verbesserung der Lebensqualität der BürgerInnen durch die EU mit 98,2 Millionen Euro kofinanziert.

Das Programm LIFE ist das Finanzierungsinstrument der EU für Umwelt und Klimapolitik und soll die Mitgliedstaaten beim Übergang zu einer emissionsarmen Kreislaufwirtschaft unterstützen. Bereiche wie Umwelt, Naturschutz, Wasser und Abfallwirtschaft stehen im Mittelpunkt des Förderprogramms.

EU-Kommissar für Meerespolitik, Umwelt und Fischerei, Karmenu Vella, betonte den Mehrwert, den EU-Investitionen nach sich

ziehen. So würde ein investierter Euro im Rahmen des LIFE-Programms 20 Euro an zusätzlichen Finanzierungsquellen mobilisieren.

Aktuelle und bereits realisierte LIFE-Projekte in Österreich finden Sie auf der Website des [Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus](#).

[Mehr Informationen](#)

Studie zur Lebensmittelverschwendung

Die Kommission veröffentlichte am 8. Februar eine [Studie](#) zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen in der EU. Dabei stand die Verschwendungen von Lebensmitteln in Bezug auf die Setzung des Mindesthaltbarkeitsdatums im Zentrum der Erhebung.

Laut Einschätzung der Kommission landen in der EU jährlich 88 Millionen Tonnen an Lebensmitteln im Müll. Rund 10 % davon hängen demnach direkt mit der Misinterpretation des Mindesthaltbarkeitsdatums zusammen.

Die Kommission zieht deshalb in Erwägung, eine verbraucherfreundliche Vereinfachung der Kennzeichnung von Ablaufdaten einzuführen und Maßnahmen zu ergreifen, welche die verantwortungsbewusste Setzung des Mindesthaltbarkeitsdatums fördern.

Die Bewertung der Setzung der Ablaufdaten in der EU ist auch ein wichtiger Teil des [Aktionsplans für Kreislaufwirtschaft](#) der Kommission. Er soll VerbraucherInnen und Unternehmen, die in der Lebensmittelproduktion tätig sind, helfen, eine nachhaltige und klimaschonende Ressourcenpolitik zu betreiben.

[Mehr Informationen](#)



EU-Kommission bietet praktische Tipps zur Brexit-Vorbereitung

In Folge des bevorstehenden Brexits am 29. März 2019 wird es zu rechtlichen Veränderungen in den Beziehungen zum Vereinigten Königreich (VK) kommen. Die Kommission bietet deshalb UnternehmerInnen praktische Hinweise für einen zukünftigen Marktzugang zum VK.

In welche Richtung sich die Beziehung der EU-27 nach dem Brexit zum VK entwickeln wird, ist noch völlig unklar. Die Kommission rechnet aber damit, dass der Austritt Auswirkungen auf Vertragsrecht, Steuerrecht und Gesellschaftsrecht haben wird.

Einschränkungen könnte es außerdem bei der Entsendung von Fachkräften ins VK, bei der Anerkennung von Standards und Normen oder beruflicher Qualifikationen geben.

Um den Aufwand und die Kosten für UnternehmerInnen so gering wie möglich zu halten, setzt die Kommission deshalb auf vorbeugende Informationen für Unternehmen, die im VK tätig sind, um sie bestmöglich auf den Brexit und seine Folgen vorbereiten zu können.

[Mehr Informationen](#)

Neue Leitlinien für EU-finanzierte Projekte

Um nationale, regionale und lokale Verwaltungen bei öffentlichen Vergabeverfahren für EU-finanzierte Projekte besser zu unterstützen, hat die Kommission am 13. Februar einen neuen Leitfaden ([in Englisch](#)) veröffentlicht.

Der Leitfaden enthält nützliche Informationen, wie Behörden Fehler bei Vergabeverfahren vermeiden können und wie die [Vergaberichtlinien](#) optimal genutzt werden können. Die Leitlinien werden den ganzen Prozess, von der Ausschreibung bis hin zur Vertragsunterfertigung, abdecken.

Die Kommission möchte Online-Verfahren fördern und somit regional tätigen Kleinunternehmen die Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen erleichtern. Weiters soll es die Möglichkeit geben, neue

Kriterien bei der Vergabe von Fördergeldern einzuführen.

Für den Zeitraum 2014-2020 sollen über 250 Milliarden Euro aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds ([ESI-Fonds](#)) investiert werden. Allein die Hälfte davon wird über das öffentliche Beschaffungswesen in Unternehmen fließen.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Größerer Spielraum für die Europäische Investitionsbank

Der Präsident der Europäischen Investitionsbank (EIB) Werner Hoyer begrüßt eine [Entschließung](#) des Europäischen Parlaments, zusätzlich 3,7 Milliarden Euro für die Bekämpfung der Migrationsursachen in der südlichen europäischen Nachbarschaft sowie im Westbalkan bereitzustellen.

Mit den zusätzlichen Mitteln für die [Resilienzinitiative](#) (ERI) der EIB soll verstärkt auf die Herausforderungen, als Folge von Migrationsbewegungen und von zwangsvertriebenen Menschen in der EU-Nachbarschaft, reagiert werden. Die Investitionen der EIB sollen den Zugang vor allem für verletzliche Gruppen wie Frauen und Kindern zu Grundbedürfnissen (Wasser, Bildung, Gesundheitsgrundversorgung, etc.) sicherstellen.

Für den Zeitraum 2014-2020 sind insgesamt rund 32,3 Milliarden Euro für Investitionen

der EIB im Rahmen des [Darlehensmandats](#) (ELM) außerhalb der EU vorgesehen.

Weiters ermöglicht das Parlament der EIB mit der Entschließung vom 8. Februar, die Mittelzuteilung an Regionen bis 2020 flexibler zu gestalten, um auf regional wechselnde Herausforderungen gezielter reagieren zu können.

[Mehr Informationen](#)



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

Öffentliche Konsultation zur Überprüfung der Definition von KMU

Unternehmen und Industrie

06 Februar 2018 - 06 Mai 2018

Aus- und Fortbildung von Justizbediensteten im EU-Recht - von der Evaluierung zur neuen Strategie für 2019-2025

Justiz und Grundrechte

01 Februar 2018 - 26 April 2018

Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Verordnung über die Verbringung von Abfällen

Umwelt, Handel

30 Januar 2018 - 27 April 2018

Öffentliche Konsultation zur Warendefinition der EU-Holzverordnung

Umwelt

29 Januar 2018 - 24 April 2018

Öffentliche Konsultation zur Transparenz und Nachhaltigkeit der EU-Risikobewertung in der Lebensmittelkette

Lebensmittelsicherheit, Öffentliche Gesundheit

23 Januar 2018 - 20 März 2018

Überarbeitung der Richtlinie 2000/14/EG über umweltbelastende Geräuschemissionen

Umwelt

23 Januar 2018 - 18 April 2018

Offene Konsultation zu den EU-Vorschriften über Produkte für den Hoch- und Tiefbau

Binnenmarkt, Unternehmen und Industrie

22 Januar 2018 - 16 April 2018

Ergebnisse der Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums für den Zeitraum 2007–2013 – Ihre Stimme

Landwirtschaft

22 Januar 2018 - 20 April 2018

Öffentliche Konsultation zur Errichtung des Innovationsfonds

Klimaschutz

15 Januar 2018 - 10 April 2018

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Forschung und Innovation

Ländliche Entwicklungspolitik, Forschung	<u>Building modern rural policies on long-term visions and societal engagement</u>	13.02.2018	€ 5.000.000
Ernährung, Verbraucher	<u>Personalized Nutrition</u>	13.02.2018	€ 28.000.000
Tierschutz, Markt, Gesellschaft, Technologie	<u>Improving animal welfare</u>	13.02.2018	€ 10.000.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Elias Pirker

Abbildungsverzeichnis

[EUSALP](#)